WirtschaftsWoche vom 04.08.2014

Wirtschafts Woche

Autor: Hennersdorf, Angela
Seite: 032
Rubrik: Der Volkswirt

Gattung: Zeitschrift
Auflage: 184.963 (gedruckt) 153.359 (verkauft) 164.101 (verbreitet)
Reichweite: 1,01 (in Mio.)

WARUM EIGENTLICH... ...klagen deutsche Professoren gegen die europäische Bankenunion?

Drei kurze Absätze und eine knackige Überschrift ("Schäuble täuscht die Öffentlichkeit über die Risiken der Europäischen Bankenunion") genügten, um vergangene Woche weltweit Aufmerksamkeit zu erregen. Sogar "Wall Street Journal" und "New York Times" griffen die Pressemeldung der Initiative Europolis aus Berlin auf. Deren Wortführer Markus Kerber, Professor für öffentliches Recht und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin, kündigt darin Verfassungsbeschwerde gegen die geplante neue Aufsicht über Europas Banken unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) an. Begründung: Es existiere für die Übertragung dieser Aufgabe an die Notenbank keine rechtliche Grundlage. Die EZB überschreite ihre Befugnisse und erhalte Macht, die ihr nach Recht und Gesetz nicht zustehe.

Die Bankenunion, die Europas Staats- und Regierungschefs als Reaktion auf die Finanzkrise beschlossen haben, soll am 4. November starten. Ihr Ziel ist es, Krisen im Finanzsystem schneller zu erkennen und stoppen zu können. Marode Banken sollen auf Kosten der Gläubiger abgewickelt werden. Der Deutsche Bundestag hat dem vor wenigen Wochen zugestimmt.

/// STARKER EZB-EINFLUSS //

Die gemeinsame Aufsicht stützt sich auf Artikel 127, Absatz 6, der EU-Verträge. Danach dürfen der EZB "besondere Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute" übertragen werden. Das ist für die EU-Kommission die juristische Grundlage der Bankenunion. Nun sind der EZB aber nicht "besondere" Aufsichtsaufgaben aufgetragen worden, sondern die komplette Aufsicht. De facto nicht über alle, aber über die 120 wichtigsten Banken Europas; die EZB darf zudem jederzeit die Aufsicht über ein Institut an sich ziehen und die Abwicklung empfehlen.

Festgelegt haben Europas Politiker diese weitreichenden Rechte des neuen Aufsichtsgremiums in Verordnungen. Genau hier beginnen die juristischen Schwierigkeiten. Diese sah bereits die Deutsche Bundesbank, die prinzipiell die Bankenunion befürwortet. Laut Bundesbank ergebe sich ein Problem daraus, dass die europäischen Verträge nicht im Hinblick auf die Bankenunion entworfen worden seien. Im Klartext: Die Verträge hätten entsprechend geändert werden müssen. "Doch um das Projekt Bankenunion nicht scheitern zu lassen, hat sich niemand an eine Änderung der EU-Verträge herangetraut", sagt Kerber. Er kritisiert generell die aus seiner Sicht unrechtmäßige Übertragung von immer mehr nationalen Kompetenzen auf europäische Institutionen. Er sieht eine Aushöhlung deutschen Rechts und fürchtet, dass immer mehr Haftungsrisiken vergemeinschaftet werden. Konkret begründet Kerber seine Klage mit Artikel 38 des Grundgesetzes, der die Handlungsfähigkeit des Bundestags sicherstellt. Diese sieht der Jurist durch die Bankenunion gefährdet. Durch die Zustimmung des Bundestags ginge dieser eine so starke Bindung ein, dass die Abgeordneten ihren politischen Gestaltungsspielraum verlören.

Mit seiner Aktion ruft Kerber allerdings auch Kritiker auf den Plan. "Damit wird das wichtige Projekt Bankenunion, das Europas Banken stabilisieren soll, torpediert", schimpft Martin Hellmich von der Frankfurt School of Finance. Das führe zu Verunsicherung in einer Phase, in der die EZB gerade die Bilanzen der Banken checkt.

Finanzexperten wie Bert von Roosebeke vom Centrum für Europäische Politik in Freiburg, glauben zudem nicht, dass Karlsruhe der Argumentation Kerbers folgt. Er ist zwar auch der Ansicht, dass die europarechtliche Grundlage für die EZB-Bankenaufsicht und den Abwicklungsmechanismus fehlte. Doch es dürfte für Parteien, die nicht unmittelbar davon betroffen seien, schwierig werden, vor dem Verfassungsgericht zu siegen.

/// ZU HOHE RISIKEN? //

Bei Verfassungsklagen auf der Grundlage von Paragraf 38 sei es bisher immer darum gegangen, die Handlungsfähigkeit des Bundestags sicherzustellen. "Eingeschränkt könnte diese sein, wenn Deutschland große finanzielle Risiken eingeht, die die Budgethoheit des Bundestages gefährden", sagt Roosebeke. Diese Fragen seien hier aber nicht relevant. "Bei der Bankenunion geht es ja gerade darum, keine öffentliche Mittel heranzuziehen. Stattdessen sollen die Banken für die Abwicklung zahlen."

Kerber hält dagegen: "Länder wie Irland oder Luxemburg mit ihren undurchschaubaren Finanzmärkten sind mit der Bankenunion nicht zu bändigen. Sie könnten die Kosten für Pleitebanken nicht selbst stemmen."

Kerber ist schon einmal vor das Bundesverfassungsgericht gezogen - gegen die Beteiligung Deutschlands am Euro-Rettungsschirm ESM. Im Frühjahr entschied Karlsruhe, die Beteiligung sei verfassungsgemäß.

Interessant dürfte es werden, wenn eine Bank den Klageweg beschreitet und dem Europäischen Gerichtshof die Frage vorlegt, ob die Kompetenz für die Bankenaufsicht bei der EZB gegeben ist. Ob sich Karlsruhe davon beeindrucken lässt?

→

WirtschaftsWoche vom 04.08.2014

Wirtschafts Woche

Seite: 098
Rubrik: Ausblick
Gattung: Zeitschrift

Auflage: 184.963 (gedruckt) 153.359 (verkauft) 164.101 (verbreitet)
Reichweite: 1,01 (in Mio.)

Ausblick

"Vor allem müssen wir die Oligarchen treffen. Wir müssen ihre Konten in den europäischen Hauptstädten einfrieren und ihre Einreiseerlaubnisse widerrufen."
Sigmar Gabriel Bundeswirtschaftsminister (SPD), zu Sanktionen gegen Russland.
"In Russland gibt es den Zaren mit Höflingen und Beratern. Und man streitet nicht mit dem Zaren."
Dmitri Trenin Leiter des Moskauer Thinktanks Carnegie Center, über den russischen Präsidenten Wladimir Putin und sein Machtsystem.
"Es ist traurig, dass die Entschädigung aus der Staatskasse kommen wird und nicht aus den Taschen der Mafiosi mit Beziehungen zur Macht und aus denen von Wladimir Putins Oligarchen."
Michail Chodorkowskij ehemaliger Yukos-Eigentümer, zum Gerichtsurteil, der russische Staat müsse den früheren Besitzern des zerschlagenen russischen Ölkonzerns rund 50 Milliarden Dollar (37,2 Milliarden Euro) zahlen.
"Die Bankenunion hat keine Rechtsgrundlage in den europäischen Verträgen und stellt somit einen Grundrechtsverstoß dar."
Markus Kerbe Professor für Finanzwissenschaft an der TU Berlin, zur Verfassungsbeschwerde gegen die geplante gemeinsame EU-Bankenaufsicht.
"Es besteht die Gefahr, dass es zu Übertreibungen an den Kapital- und Immobilienmärkten kommt."
Jens Weidmann Präsident der Deutschen Bundesbank, zur Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB)
"Ich sehe die Gefahr, dass deutsche Rüstungsunternehmen vom Markt verschwinden oder ins Ausland abwandern."
Horst Seehofer bayrischer Ministerpräsident (CSU), zur Verschärfung der Genehmigungsverfahren bei Rüstungsexporten.
"Unsere Umsätze wachsen in Deutschland, aber die Gewinne nicht. Die Marge sinkt sogar."
Frank Appel Vorstandsvorsitzender der Deutschen Post.
"Das Rentenpaket ist nicht darauf angelegt, Altersarmut zu vermeiden."
Axel Reimann Präsident der Deutschen Rentenversicherung.
"Wir konnten schon 2013 letztlich 15 000 Ausbildungsplätze nicht besetzen, und wir befürchten, dass uns das auch in diesem Jahr nicht gelingen wird."
Hans Peter Wollseifer Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) "Bei uns gibt es einen Vertriebschef, einen Produktionschef, einen Nutzfahrzeugchef, einen Pkw-Chef, um nur einige Kollegen zu nennen. Warum soll das nicht übertragbar sein auf die Formel 1?"
Dieter Zetsche Daimler-Vorstandsvorsitzender, über Veränderungen bei der Vermarktung des Motorsports.
"Der FC Bayern wird Pep Guardiola nie entlassen."
Karl-Heinz Rummenigge Vorstandsvorsitzender des Fußballbundesligisten FC Bayern München, über seinen spanischen Trainer.
"Ich bin wie die Katze übers Dach. Dann bin ich durch den Hinterhof, fröhlich pfeifend zu einer Nebenstraße gegangen, habe mir ein Taxi gewunken und bin zu Gesprächen und Verhandlungen geflogen."
Thomas Middelhoff Ex-Chef des Karstadt-Mutterkonzerns Arcandor, über seine Flucht aus dem Bürofenster des Gerichtsvollziehers nach der Verhandlung über einen Offenbarungseid.
"Ich bin, was den Glauben betrifft, ein Zweifler und auch ein Suchender."
Gerhard Schröder Alt-Bundeskanzler (SPD) »Es ist schon ziemlich schmerzhaft, wenn wir Vorreiter für Innovation sind und dann technisch anspruchsvolle Bauteile aus dem Produkt wieder entfernen.«
Bernd Osterloh VW-Betriebsratsvorsitzender, zum Sparprogramm von Vorstandschef Martin Winterkorn.

Wörter: 435

© 2014 PMG Presse-Monitor GmbH